



Sessionsbericht – Sommersession

Rapport de session – Session d'été

30. Mai bis 17. Juni 2016

Von Charles Jean-Richard, Fraktionssekretär

Vom Parlamentsspionage in Bern und einer charmanten Stadt im Waadtland

Wenn im Bundeshaus während der Session um 7 Uhr morgens bereits debattiert wird, sind Kommissionen daran, Differenzen zu bereinigen. Meistens handelt es sich dabei um die Klärung kleinerer Differenzen zwischen den Räten. Durch diese Morgensitzungen kann eine Gesetzesreform innerhalb der laufenden Session in beiden Räten diskutiert und bereinigt werden. Die Sommersession war geprägt von solchen Kommissionen an Randzeiten. Es standen aber nicht kleinere Vorlagen auf der Traktandenliste, sondern gewichtige Geschäfte, welche bereinigt werden mussten.

Das erste Geschäft, welches mehrmals von National- zum Ständerat wechselte, war die Unternehmenssteuerreform III. Diese zielt darauf ab, unser Steuersystem mit internationalen Standards anzupassen. Andere Länder sind auch daran, ihre Steuerpraktiken zu überarbeiten, und die damit ausgelöste Dynamik ist für die Schweiz auch eine Chance: Die Stärkung der Standortattraktivität erlaubt der Schweiz, auch neue Unternehmen anzulocken. Setzen wir diese Reform nicht um, dann riskieren wir, durch Verlagerungen von Firmen ins Ausland Ausfälle von über 5 Milliarden allein bei der Gewinnsteuer zu erleiden. Wichtig ist auch zu betonen, dass alle Firmen in der Schweiz profitieren werden, sowohl Gross- wie Kleinunternehmen. Wer nicht direkt von einem steuerlichen Werkzeug profitieren kann, kommt in den Genuss von Gewinnsteuersenkungen und behält so seine Wettbewerbsfähigkeit. Die Linke und die Gewerkschaften haben das Referendum angekündigt. Die bürgerlichen Parteien, die Kantone und auch prominente SR-Regierungsräte unterstützen die Vorlage.

Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit (PFZ) auf Kroatien war das zweite Geschäft, welches über die drei Sessionswochen hinweg ein regelrechtes Ping-Pong zwischen den Räten machte. Die Ausdehnung der PFZ auf Kroatien ist eine Voraussetzung für die Weiterführung des bilateralen Weges. Diese Erweiterung der PFZ ist ausserdem verlinkt mit dem Forschungsabkommen Horizon 2020, welches für die Schweiz einen sehr hohen Stellenwert hat. Dabei geht es nicht einfach um unsere Hochschulen, sondern sehr direkt auch um unsere Arbeitsplätze in kleinen und grossen Unternehmen und im Besonderen um die Innovationskraft der Schweiz. Der neue Artikel 121a der Bundesverfassung schafft ein Spannungsfeld zwischen der Ausdehnung auf Kroatien, den sieben bisherigen und erfolgreichen Volksabstimmungen zum bilateralen Weg und der Verfassung. Die Räte sind sich darin einig, dass sie den bilateralen Weg weiterführen wollen, und befürworten die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien. Nach einigem Hin und Her haben sich die Räte darauf geeinigt, am Bundesbeschluss festzuhalten, der an sich sowieso gilt: Der Bundesrat wird ermächtigt, das Protokoll zu ratifizieren, wenn eine Einigung zur Umsetzung von Artikel 121a mit der Europäischen Union vorliegt.

Einige unbeschwerte Stunden innerhalb der Session verbrachte die Fraktion am Fraktionsausflug im zauberhaften Aigle im Kanton Waadt. Auf Einladung von Nationalrat Borloz – dem Bürgermeister der in den Weinbergen eingebetteten Stadt – besichtigten die Fraktion und ihre Gäste das Raumfahrtunternehmen APCO und das „Centre Mondial du Cyclisme“, um anschliessend im Schloss Aigle ein gemütliches Abendessen zu geniessen. Weisswein aus der Region begleitete den ganzen Anlass auf charmante Art und Weise – es wäre ja - den waadtländischen Gastgebern gegenüber - unfreundlich gewesen, die lokalen Produkte nicht ausgiebig zu kosten...

1. **Accord sur la libre circulation. Extension à la Croatie**

Le Conseil fédéral n'aura pas les mains libres pour ratifier l'accord sur l'extension de la libre circulation à la Croatie. Le National a cédé au Conseil des Etats en acceptant tacitement la condition proposée par la conférence de conciliation.

La Chambre des cantons en a fait de même plus tard. La conférence de conciliation ayant épousé son point de vue par 16 voix contre 5 et 4 abstentions, cela ne faisait pas de doute et devrait soulager les chercheurs.

Le temps presse. Si la Suisse ne ratifie pas le protocole croate avant le 9 février 2017, elle redeviendra dès l'an prochain un pays tiers pour le programme de recherche européen Horizon 2020, dont l'enjeu se chiffre en milliards de francs pour les chercheurs helvétiques.

Le gouvernement pourrait donc être tenté d'aller trop vite en besogne. Le National avait toujours voulu lui laisser les mains libres alors que le Conseil des Etats a tenu à lui poser une condition à la ratification car pour l'instant, le texte contrevient à l'article constitutionnel contre l'immigration de masse. Le Conseil fédéral ne sera autorisé à ratifier le texte que si une réglementation sur la gestion de l'immigration compatible avec l'ordre juridique suisse est établie avec l'Union européenne. Les sénateurs avaient d'abord exigé une compatibilité avec la Constitution, mais ils ont retouché leur texte pour faire un pas vers le National. Cela n'avait d'abord pas suffi à convaincre la Chambre du peuple, mais a séduit la conférence de conciliation.

Les discussions avec Bruxelles concernant la gestion de l'immigration pour appliquer l'initiative contre l'immigration de masse sont bloquées jusqu'au référendum de la Grande-Bretagne sur sa sortie éventuelle de l'UE le 23 juin. Une avancée sur le volet croate doit montrer la bonne volonté helvétique. L'UE n'avait pas apprécié que le Conseil fédéral bloque l'extension de la libre circulation à la Croatie après la votation du 9 février 2014 sur l'immigration de masse. Elle avait suspendu la participation suisse à Horizon 2020, au programme d'échange d'étudiants Erasmus+ et au programme MEDIA. Le Conseil fédéral a obtenu la réassociation partielle à Horizon 2020.

2. **Unternehmenssteuerreform III erfolgreich verabschiedet**

Die FDP ist erfreut, dass die Differenzen bei dieser Vorlage bereinigt sind. Die eidgenössischen Räte haben eine breit abgestützte Reform beschlossen, mit der die Rechtssicherheit wieder hergestellt werden kann. Es werden keine neuen Steuerprivilegien geschaffen. Vielmehr wird mit der Reform eine massive steuerliche Verschlechterung mit gravierenden volkswirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen für die Schweiz verhindert.

Die Reform wird von einer breiten Mehrheit von Parteien, Bundesrat, Kantonen und Wirtschaft unterstützt. Die USR III ist damit effektiv und zugleich ausgewogen. Insbesondere erfüllt die finale Vorlage die Vorgaben der Kantone. Begrenzungen bei den neuen Steuerinstrumenten halten den Steuerwettbewerb auf heutigem Niveau und der finanzielle Beitrag des Bundes gibt den Kantonen den Handlungsspielraum, den sie nach der Abschaffung der Sonderbesteuerung brauchen.

Die vom Parlament beschlossene Vorlage ist stark fokussiert auf Massnahmen, die für den Standort in der aktuellen Situation unabdingbar sind. Eine solche Massnahme ist die Einführung der zinsbereinigten

Gewinnsteuer auf Sicherheitseigenkapital. Sie trägt dazu bei, den Standort im Bereich der Unternehmensfinanzierung zu stärken. Die Schweiz gewinnt damit an Attraktivität und kann den Verlust von Steuersubstrat vermeiden.

Die FDP hat die Fokussierung dieser für die Schweiz zentralen Steuerreform von Beginn weg mitgetragen. Obwohl das Beratungsergebnis nicht in allen Punkten den anfänglichen Positionen der FDP entspricht, setzt sich die FDP mit grosser Überzeugung für die nun beschlossene Reformvorlage ein.

3. Verstärkte Regulierungsfolgeabschätzung wird eingeführt

Legt der Bundesrat dem Parlament Gesetzesänderungen vor, soll er künftig eine Regulierungsfolgeabschätzung dazu liefern, die von einer unabhängigen Stelle geprüft wurde. Die FDP ist erfreut, dass ihr dahingehend lautender Fraktionsvorstoss nach dem Nationalrat nun auch im Ständerat angenommen wurde. Der Ständerat hat mit 26 zu 13 Stimmen zwei Motionen aus dem Nationalrat an den Bundesrat überwiesen.

Die Regulierungswut schränkt die Wettbewerbsfähigkeit ein, deshalb braucht es eine standardisierte Regulierungsfolgeabschätzung und eine unabhängige Prüfung. Heute ist die Regulierungsfolgeabschätzung eine Alibi-Übung, weil der Regulator sein eigenes Werk prüft. In der Vergangenheit wurden diese Abklärungen immer wieder von betroffenen Kreisen kritisiert.

Insofern ist es von grosser Bedeutung, die gemachten Folgekostenabschätzungen von unabhängiger Stelle auf deren Richtigkeit prüfen zu lassen, damit Interessenkonflikte verhindert werden und der Gesetzgeber aufgrund von korrekten Informationen entscheiden kann. Experten sollen beurteilen, ob die Berechnungen der Verwaltung realistisch sind.

Bei der Umsetzung des Auftrages soll der Bundesrat vertieft prüfen, zu welchem Zeitpunkt der Gesetzgebung diese Überprüfung stattzufinden hat. Eine solche Überprüfung würde Kosten verursachen; diese würden aber durch "verhinderte Fehler" bei Weitem eingespart.

4. Ständerat versenkt Teilharmonisierung der Ladenöffnungszeiten

Die FDP bedauert, dass eine wichtige Chance, den Detailhandel in der Schweiz zu stärken, verpasst wurde. Schon bei der ersten Beratung hatte der Ständerat beschlossen, nicht auf das Gesetz einzutreten, damals mit Stichentscheid seines Präsidenten. Diesmal fiel der Entscheid deutlicher aus: Der Rat versenkte das Gesetz mit 26 zu 16 Stimmen. Der Nationalrat hatte das Gesetz deutlich gutgeheissen, mit 122 zu 64 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Ausschlaggebend für das Nein waren in der kleinen Kammer föderalistische Gründe. Es gebe keinen Grund, in die Kompetenz der Kantone einzugreifen.

Die Teilharmonisierung hätte es Läden in der ganzen Schweiz ermöglicht, an Wochentagen ihre Waren zwischen 6 und 20 Uhr und am Samstag zwischen 6 und 18 oder 19 Uhr anzubieten. Dabei handelte es sich um Mindestvorgaben: Die Kantone hätten längere Öffnungszeiten erlauben, nicht aber weniger lange vorschreiben können.

Längere Öffnungszeiten sind eine wichtige Massnahme gegen den Einkaufstourismus. In den Nachbarländern sind die Bestimmungen deutlich liberaler. Dies ist zwar nicht der einzige Grund für den Einkaufstourismus, verstärkt diesen aber. Der heutige kantonale Flickenteppich ist nicht sinnvoll.

Es entspricht zudem einem Konsumentenbedürfnis, flexibler einkaufen zu können. Viele können heute erst am Abend nach der Arbeit einkaufen, was zu einem Gedränge an den Bahnhofsläden führt.

5. Coopération internationale 2017-2020

L'aide au développement pourra compter sur 11,11 milliards de francs pour la période 2017-2020, le National a suivi le Conseil fédéral et mis en échec plusieurs propositions de baisse voulues par la droite. La

proposition du PLR de réduire l'enveloppe à 10,6 milliards a failli faire mouche. Elle n'a été rejetée qu'à cinq voix près, 98 députés préférant le projet du gouvernement contre 93.

Im bürgerlich dominierten Nationalrat standen markante Sparvorschläge und migrationspolitische Forderungen zur Debatte. Doch schliesslich folgte der Nationalrat dem Vorschlag des Bundesrates - wenn auch nur knapp. Damit stehen der Schweizer Entwicklungshilfe für die Jahre 2017 bis 2020 insgesamt 11,11 Milliarden Franken zur Verfügung. Das sind laut Aussenminister Didier Burkhalter rund drei bis vier Prozent des Gesamtbudgets des Bundes. Die Ausgaben entsprechen durchschnittlich 0,48 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE).

Vor allem um diese Quote drehte sich die Debatte im Nationalrat. Im Raum standen Kürzungsanträge um 1,6 Milliarden auf 0,4 Prozent und um 430 Millionen auf 0,45 Prozent des BNE. Ebenso standen Aufstockungen auf 0,5 und 0,7 Prozent zur Diskussion. Der Ausbau wurde deutlich abgelehnt; die Kürzung auf 0,45 Prozent des BNE scheiterte knapp mit 98 zu 93 Stimmen bei 1 Enthaltung.

BDP, CVP, GLP, Grüne und SP stimmten geschlossen für den Vorschlag aus dem Aussendepartement. Geschlossen dagegen stimmte die SVP. Bei der FDP scherten bei der entscheidenden Abstimmung drei Politiker aus. Die bürgerliche Allianz scheiterte mit 97 zu 93 Stimmen bei 1 Enthaltung auch bei der Forderung der SVP, Entwicklungshilfe nur zu leisten, wenn "das Empfängerland in asyl- und migrationspolitischen Belangen im Grundsatz mit der Schweiz kooperiert". Abgelehnt hat der Nationalrat weiter die Forderungen der SVP, die Asylkosten gesamthaft der Entwicklungshilfe anzurechnen und das Osthilfegesetz zurückzuweisen.

Mehr Fokus: Noch bevor aber über die finanziellen Details beraten werden konnte, musste der Nationalrat über einen Rückweisungsantrag von CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (BL) befinden. Sie forderte eine Fokussierung auf aktuelle geopolitische Herausforderungen.

6. Der Strassenfonds nimmt eine wichtige Hürde

Nach der brisanten Abstimmung zur Milchkuh-Initiative am 5. Juni 2016 und der klaren Ablehnung durch die Stimmbevölkerung war der Druck auf die Beratung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) im Nationalrat umso grösser. Nachdem der Ständerat in der Frühlingsession bereits eine gute Vorlage erarbeitet hatte, ging es nun darum, die adäquate Finanzierungslösung für die Strasse weiter zu verbessern. Nur so kann die langfristige Finanzierung der Strasseninfrastruktur gesichert werden und eine vergleichbare Lösung wie für die Schiene mit FABI (Finanzierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur) präsentiert werden.

Wie bereits in der kleinen Kammer wurde die Finanzierungsvariante in der vorberatenden Verkehrskommission unter der Leitung der FDP weiter verfeinert. Die bereits erreichte Erhöhung der Zweckbindung der Mineralölsteuereinnahmen wurde im Nationalrat zusätzlich optimiert, damit nun fix 60% der Einnahmen der Strasse zur Verfügung stehen. Auch der Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlages um 4 Rp./L wurde zugestimmt. Weitere Mittel fliessen aus der Automobilsteuer, der Vignette, einem Kantonsbeitrag zugunsten des Netzbeschlusses und einer Abgabe für Elektrofahrzeuge in den NAF. Nach der Beratung durch den Nationalrat bestehen nur noch wenige Differenzen, die voraussichtlich bereits in der Herbstsession bereinigt werden können.

Die FDP war federführend in der Erarbeitung eines bürgerlichen Kompromisses, der die erfolgreiche Beratung im Nationalrat begründete. So konnten sowohl die Forderungen der SVP wie auch der CVP frühzeitig miteinbezogen und die Entstehung einer unheiligen Allianz zwischen Links und Rechts verhindert werden. Die wiederholten Versuche der Linken, die Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen, waren zu Recht und dank der FDP nicht erfolgreich. So hatte der Rückweisungsantrag an den Bundesrat von der SP auch keine Chance. Die Strasse als wichtigster Verkehrsträger des Landes muss die notwendigen

Mittel für Unterhalt und Ausbau der Infrastrukturen erhalten. Nun ist es am Parlament, in der kommenden Session die Vorlage fertig zu beraten und in der Schlussabstimmung anzunehmen.

7. **Energiestrategie 2050: Licht und Schatten**

Mit dem Gegenvorschlag des Bundesrates zur Atomausstiegs-Initiative der Grünen in Form der Energiestrategie 2050 soll der sukzessive Umbau des Schweizer Energiesystems bis ins Jahr 2050 erreicht werden. Seit Beginn der Beratung im Jahre 2013 wurde das Geschäft nun von beiden Räten zweimal behandelt und schon weitgehend bereinigt. Die FDP hat stark dazu beigetragen, dass die planwirtschaftliche, subventionierte Energiewende des Bundesrates entschärft werden konnte. Jedoch ist neben einigen Lichtblicken weiterhin viel Schatten zu finden.

Der Ständerat ist in der Zweitberatung in einigen Punkten auf die Linie des Nationalrates eingeschwenkt. Bei der Unterstützung der Grosswasserkraft, die aufgrund der tiefen Marktpreise enorm unter Druck gekommen ist, hat sich auch der Ständerat für ein Marktmodell entschieden. Also keine gezielte Unterstützung für Werke, die in Notlage sind, sondern eine Prämie für alle, die unter den Gestehungskosten verkaufen müssen. Bei der Entkoppelung der Energiestrategie von der Atomausstiegsinitiative der Grünen ist der Ständerat auch dem Nationalrat gefolgt. Damit können die Massnahmen der Energiestrategie früher in Kraft treten.

Die Vorlage geht mit einigen verbleibenden Differenzen für eine letzte Runde zurück an den Nationalrat. Die FDP wird sich bis zum Ende gegen zusätzliche Subventionstatbestände wehren mit dem Ziel, dass die Energiestrategie 2050 so marktnah wie möglich ausgestaltet wird.

8. **Bevormundung und Tabakproduktegesetz**

Der Ständerat hat das neue Tabakproduktgesetz an den Bundesrat zurückgewiesen. FDP. Die Liberalen begrüsst diesen Entscheid, denn der Gesetzesentwurf des Bundesrats hätte zu einer Bevormundung der ganzen Bevölkerung geführt. Bei mündigen Bürgern soll die Selbstverantwortung im Zentrum stehen. Der Bundesrat muss nun seine Vorlage anpassen und ein besonderes Augenmerk auf den Schutz der Jugendlichen legen.

Der Entscheid des Ständerats ist zufriedenstellend. Auch wenn die staatliche Bevormundung der ganzen Bevölkerung unnötig ist, ist es dennoch wichtig, dass Jugendliche unter 18 Jahren sich den Risiken des Tabakkonsums bewusst sind und davor geschützt werden. Deshalb ist es notwendig, dass der Verkauf von Tabakprodukten an Minderjährige auf gesetzlicher Ebene verboten wird. Konsequenterweise muss das Gesetz ebenfalls das Verbot von Werbekampagnen, die gezielt Minderjährige ansprechen, sowie eine Gesetzesgrundlage, welche Testkäufe erlaubt, beinhalten.

Der Tabakkonsum in der Schweiz ist in den letzten Jahren weiter rückläufig, die Leute hören zunehmend mit Rauchen auf. Die Zahl derjenigen, die dem Passivrauchen ausgesetzt sind, ist ebenfalls weiter gesunken. Diese Zahlen beweisen klar, dass eine weitergehende Verschärfung der Tabakproduktgesetzgebung nicht nötig ist. Ebenso wichtig ist es, dass man die Eigenverantwortung nicht einschränkt. Jede und jeder Erwachsene ist sich der Risiken bewusst, die der Tabakkonsum mit sich bringt und muss ihr bzw. sein Handeln selbständig entscheiden können.

Das vom Bundesrat vorgelegte Gesetz schränkt nicht nur die Werbefreiheit stark ein, sondern sieht ebenfalls vor, den Verkauf von gewissen Tabakprodukten zu verbieten. Die Vorlage schränkt ebenfalls den Verkauf von E-Zigaretten, die hinlänglich als weniger schädlich eingestuft werden, wie auch anderer Tabakprodukte ein. Die FDP begrüsst daher auch den Beschluss des Ständerats und kämpft gegen zusätzliche Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit an. Auch dieser Bereich zählt zahlreiche Arbeitsplätze.

Die FDP wird sich einsetzen, damit das Tabakproduktegesetz einen effizienten Schutz der Jugendlichen garantiert und bei den Erwachsenen auf das Prinzip der Eigenverantwortung setzt.

9. Message FRI 2017 – 2020

Le Message FRI 2017-2020 concerne l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation (domaine FRI) pendant les années 2017 à 2020. Le domaine FRI est primordial pour la Suisse : la formation est la base principale pour développer la capacité de chacun de penser et d'agir de manière autonome et responsable; la recherche est source de connaissances nouvelles, et l'innovation est la clé du succès sur le marché. Parce que la matière grise est la seule matière première de la Suisse, le domaine FRI forme ainsi la base du succès helvétique en permettant aux entreprises d'innover, des entreprises à haute valeur ajoutée. Avec le Message FRI 17-20, quatre domaines d'encouragement prioritaires sont ciblés: la formation professionnelle supérieure, la relève scientifique, la médecine humaine et l'innovation. Ce Message est formé de 10 arrêtés fédéraux relatifs au financement, 5 projets de modification de lois ainsi qu'une nouvelle loi fédérale sur la coopération entre cantons et Confédération dans le système de formations – soit un total de 16 projets.

Les discussions dans les commissions du Conseil national ont marqué une opposition entre deux priorités : assurer des moyens suffisants au domaine FRI et que les dépenses prévues soient en adéquation avec les moyens financiers à disposition resp. dans le cadre du Programme de stabilisation 2017-2019. Ainsi la Commission des finances a proposé de suivre le projet du Conseil fédéral pour une augmentation des dépenses de 2% par rapport à la période précédente. La Commission science, éducation et culture n'a pas jugé ces investissements financiers suffisants pour répondre aux besoins FRI et a proposé une augmentation de 3,2%. Lors des votes des 10 arrêtés relatifs de financement, le National s'est rallié à la proposition de sa commission des finances pour une augmentation de 2% – soit un investissement de 25,992 milliards dans les années 2017-2020.

Le National a également adopté les révisions de 5 lois fédérales et a également adopté une nouvelle loi fédérale sur la coopération entre la Confédération et les cantons dans l'espace suisse de formation. Au contraire des arrêtés relatifs au financement, ces propositions ont été facilement soutenues. Les deux principales réformes concernent d'une part le nouveau mode de financement des cours préparatoires aux examens de formation professionnelle supérieure. Le subventionnement sera axé sur la personne, respectivement sur les personnes participant à des cours préparatoires (accepté à 97 voix contre 89 et 3 abstentions contre une alternative). La seconde réforme importante concerne la révision de la Loi sur les EPF afin de permettre un renforcement de la gouvernance et une meilleure autonomie du domaine des EPF (accepté. Le projet part maintenant au Conseil des Etats.

10. Adoption

Le parlement a adopté la révision du droit d'adoption. Cette réforme veut flexibiliser le droit d'adoption et permettre de pouvoir adopter l'enfant du conjoint pour les couples non marié ; ce qui ouvre la possibilité d'adoption (de l'enfant du conjoint uniquement) aux concubins et aux couples homosexuels. Le but est d'adapter le droit suisse aux nouvelles réalités familiales. Bien qu'il ne s'agisse pas de l'adoption plénière mais uniquement de l'enfant du conjoint, l'ouverture de l'adoption aux couples homosexuels reste le point le plus sensible de cette révision – un point qui portera probablement un référendum.

Les autres propositions pour flexibiliser le droit d'adoption n'étaient pas controversées. Il s'agit notamment de l'abaissement de l'âge minimum pour adopter (de 35 à 28ans), la durée de la relation abaissée de 5 à 3 ans (compté en durée de vie en ménage commun) ou des assouplissements dans le secret d'adoption. Le projet a été adopté au vote final par 32 voix contre 5 et 7 abstentions aux Etats et 125 contre 68 et 3 abstentions au National.

11. Vereinigte Bundesversammlung

Bundesstrafgericht: Die Vereinigte Bundesversammlung (vbv) hat am 15.06.2016 zwei neue ordentliche und zwei nebenamtliche Richter für das Bundesstrafgericht gewählt. Die Kandidaturen waren von allen Fraktionen unterstützt worden.

Als **ordentliche Richter** wurden Stefan Heimgartner (CVP) und Martin Stupf (CVP) gewählt. Sie ersetzen Peter Popp (CVP) und Walter Wüthrich (SP), die beide Ende Jahr in Pension gehen.

Andrea Blum (SVP) und **Bertrand Perrin (FDP)** wurden als **nebenamtliche Richterin bzw. Richter** an das Bundesstrafgericht gewählt. Die neuen nebenamtlichen Mitglieder werden nicht die hauptamtlichen Richterinnen und Richter entlasten. Sie stehen zur Verfügung, um Ausstandprobleme in deutsch- oder französischsprachigen Verfahren zu vermeiden.

Bundesverwaltungsgericht: Jean-Luc Baechler (SVP) wurde als Präsident und Marianne Ryter (SP) als Vizepräsidentin für die Jahre 2017-2018 wiedergewählt.

12. Geschäfte beider Räte

Legislaturplanung: Die Legislaturplanung 2015-2019 ist unter Dach und Fach. Der Ständerat hat als Zweitrat den Anträgen der Einigungskonferenz zugestimmt. Obwohl der Plan unverbindlich ist, hatte er in den Räten zu reden gegeben. Mit der Legislaturplanung kündigt der Bundesrat dem Parlament an, was er in den nächsten vier Jahren anzupacken und zu erreichen gedenkt. Die Räte können den Plan ergänzen oder einzelne Punkte streichen. Für Diskussionen sorgten insbesondere Sparaufträge an den Bundesrat. Die Leitlinien der Legislaturplanung lauten: 1. Die Schweiz sichert ihren Wohlstand nachhaltig. 2. Die Schweiz fördert den nationalen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. 3. Die Schweiz sorgt für Sicherheit und agiert als verlässliche Partnerin in der Welt. Nach der letzten Legislaturplanung im 2012 haben drei pa. Iv. von 3 verschiedenen Fraktionen – darunter die FDP - die Abschaffung der LPK gefordert. Die Abschaffung ist an einem Zufallsmehr im NR gescheitert, als die CVP ihre eigene parlamentarische Initiative ablehnte. Die FDP-Fraktion hat den Ball wieder aufgenommen und fordert wieder die Abschaffung dieses schwerfälligen und verpolitisierten Verfahrens.

Mehrwertsteuer: Die Teilrevision der Mehrwertsteuer befindet sich in der Differenzberatung der Räte. Der Ständerat schickt die Revision des Mehrwertsteuergesetzes mit einer Differenz zurück in den Nationalrat. Er will, dass dieser seinen Entscheid klärt, den Vorsteuerabzug auch auf Leistungen zu gewähren, die von der Mehrwertsteuer ausgeschlossen sind. Der Ständerat hielt an seiner Version fest, dass der Vorsteuerabzug nicht möglich sein soll, wenn die Leistung von der Mehrwertsteuer ausgenommen ist. Konkret geht es um Wohnbauten, die für Wohnzwecke genutzt werden oder genutzt werden sollen. Bei zwei anderen Differenzen ist der Ständerat dem Nationalrat gefolgt.

Moratorium abgebrannte Brennelemente: Nachdem der Nationalrat erfreulicherweise der Forderung der FDP für eine verkürzte Verlängerung des Moratoriums zur Ausfuhr abgebrannter Brennelemente aus Schweizer Atomkraftwerken zugestimmt hatte, musste auch der Ständerat die Vorlage in der Sommersession ein weiteres Mal beraten. Der Ständerat ist auf die Linie des Nationalrats eingeschwenkt und hat dem Vorschlag auf Verlängerung um vier Jahre einstimmig zugestimmt. Dies gegen den Willen des Bundesrates. Die FDP wie auch die anderen bürgerlichen Parteien sehen das Moratorium als ein Technologieverbot, das zu Wissensverlust führt. Ganz ohne Verlängerung des Moratoriums wäre aber die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente bereits ab dem 1. Juli wieder zulässig gewesen, was aufgrund der Rechtsunsicherheit verhindert werden musste.

Innosuisse: Le parlement a mis sous toit la nouvelle Loi Innosuisse par 130 voix contre 65 et 1 abstention au Conseil national et à 41 voix contre 3 aux Etats. Pour rappel, cette loi a pour objectif de mettre en

œuvre deux motions libérales-radicales de l'ancien conseiller aux Etats Felix Gutzwiller ainsi que de l'actuel conseiller national Fathi Derder. Cette loi donnera à l'actuelle Commission pour la technologie et l'innovation (CTI) plus de souplesse et d'efficacité, ainsi qu'une meilleure organisation grâce à un changement de mode d'organisation en un établissement de droit public. La CTI ainsi réorganisée sera renommée en « Innosuisse ».

Supplément I au budget 2016: Le CN a accepté par 124 voix contre 64 une rallonge de 397 millions de francs au budget 2016. Près de 90%, soit 353 millions de francs, sont prévus pour l'asile. Dans la foulée, il a adopté par 186 voix contre 3 le compte d'Etat 2015. Les comptes ordinaires de la Confédération ont bouclé sur un excédent de 2,3 milliards, au lieu des 411 millions budgétisés. Après le National, le CE a donné son aval sans opposition au premier supplément au budget 2016. Les comptes 2015 ont également été avalisés sans opposition.

13. Geschäfte des Nationalrats

Droit du bail: Le National a refusé par 106 voix contre 86 d'entrer en matière sur une révision du droit de bail proposée par le Conseil fédéral. L'opposition, menée par le PLR, s'est cristallisée sur la nouvelle obligation pour les propriétaires de communiquer à tout nouveau locataire le loyer payé par son prédécesseur via un formulaire fédéral même lorsqu'il n'y a pas de pénurie de logement. Le PLR a combattu cette réforme contraire aux valeurs libérales : elle est inutile et ne respecte pas le fédéralisme, parce que les cantons peuvent déjà légiférer dans ce sens selon le Code des obligations.

FlaM: Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative will der Bundesrat eine Gesetzeslücke bei der Verlängerung von Normalarbeitsverträgen schliessen. Allerdings hat der Nationalrat diese Massnahme im Entsendegesetz schon vorweggenommen. Er hat deshalb Nichteintreten auf eine Änderung des Obligationenrechts beschlossen. Der Ständerat kann nun die sistierten Arbeiten daran aufnehmen.

Genève internationale : Le CN a libéré 438,4 millions de francs pour aider la Genève internationale. Cette somme doit soutenir des travaux aux sièges des Nations unies, de l'Organisation mondiale de la santé (OMS) et de l'Organisation internationale du travail. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer.

Meldepflicht: Ausländische Fotografinnen und Fotografen sollen bei Einsätzen in der Schweiz weiterhin nicht vom ersten Tag an meldepflichtig sein. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat stillschweigend abgelehnt. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. Der Ständerat hätte eine bessere Kontrolle über die Arbeit ausländischer Fotografen gewollt. Heute sei es schwierig, die Dauer der tatsächlichen Anwesenheit zu kontrollieren, argumentierte Motionär Fabio Abate (FDP/TI). Der Bundesrat stellte sich gegen die Motion. Aus seiner Sicht wäre eine Meldepflicht vom ersten Tag an unverhältnismässig.

Bankgeheimnis: Die Schweiz kann künftig den EU-Staaten und Australien regelmässig Informationen zu Bankkonten von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern übermitteln. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die beiden Abkommen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) deutlich gutgeheissen. Während das Abkommen mit Australien fast unumstritten war, wehrte sich die SVP gegen das Abkommen mit der EU und forderte, dass mit Ländern, die noch keine faire Regularisierung eingeführt haben, keine Daten ausgetauscht werden dürfen. Der Rückweisungsantrag scheiterte mit 119 zu 66 Stimmen. Auch der Vorbehalt, wonach die beiden Abkommen erst umgesetzt werden können, wenn alle anderen wichtigen Finanzplätze der Welt die Einführung des AIA definitiv beschlossen haben, wurde deutlich abgelehnt.

Alkoholgesetz: Der Nationalrat unterstützt den Bundesrat bei der Totalrevision des 80-jährigen Alkoholgesetzes. Nachdem ein erster Anlauf nach langjähriger Beratung im vergangenen Winter gescheitert ist, hat die grosse Kammer einer ersten Etappe der Neuauflage ohne Änderungen zugestimmt. Dabei geht es um die Liberalisierung des Ethanolmarktes, die Privatisierung des Profitcenters Alcosuisse der Alko-

holverwaltung und deren Integration in die Eidgenössische Zollverwaltung. Der Nationalrat hat der Vorlage ohne Änderungen mit 171 zu 0 Stimmen bei 12 Enthaltungen zugestimmt. Das Geschäft geht an den Ständerat. Die Knackpunkte hat der Bundesrat in eine zweite Etappe ausgelagert.

Littering: Das Anliegen von Jacques Bourgeois (FDP/FR) zur gesetzgeberischen Lösung des vielschichtigen Littering-Problems fand im Nationalrat keinen Anklang. Auf die Vorlage wurde mit 96 zu 86 Stimmen nicht eingetreten, wodurch das Geschäft erledigt ist. Der Vorstoss wollte in der ganzen Schweiz Bussen für Littering verordnen. Die schwierige Umsetzung und der damit einhergehende Mehraufwand für die Polizei waren für die Mehrheit des Nationalrates die entscheidenden Argumente gegen diesen neuen Gesetzesartikel.

Mobilfunkantennen: Hervorragende Mobilfunknetze sind ein zentraler Standortfaktor und für unsere Wirtschaft und Gesellschaft eine Grundvoraussetzung. Mit der Annahme der Kommissionsmotion hat der Nationalrat einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Auf Basis zweier Postulate der FDP wurde nun die erste Hürde zur Erhöhung der Grenzwerte für Mobilfunkantennen genommen. Der Nationalrat hat der Motion mit 96 zu 89 Stimmen zugestimmt. Ziel ist es, dass das Mobilfunknetz modernisiert und ausgebaut werden kann, ohne dass überall neue Antennen aufgestellt werden müssen. Dazu sollen beispielsweise mehrere Anbieter den gleichen Standort nutzen dürfen.

Raumplanung und Verkehr: Der Nationalrat hat einem Postulat zugestimmt, das den Bundesrat auffordert, in einem Bericht die verbesserte Koordination zwischen der Raum- und der Verkehrsplanung aufzuzeigen. Dies soll in Absprache mit den Kantonen und externen Experten geschehen. Der Nationalrat hat dieser Forderung mit 109 zu 59 Stimmen klar zugestimmt. Die FDP wie auch ein Grossteil des Rates ist der Meinung, dass eine national koordinierte Abstimmung zwischen Raum- und Verkehrsplanung dazu beitragen kann, Zersiedlung und Engpässe zu verhindern.

Berufschaffeuere: Das Fraktions-Postulat der FDP wurde mit 98 zu 74 Stimmen bei 5 Enthaltungen an den Bundesrat überwiesen. Ziel des Vorstosses ist die Prüfung von Massnahmen, um den administrativen Aufwand für Berufschaffeuere zu verkleinern. Eine Idee wäre, den Fähigkeitsausweis sowie die Fahrtschreiberkarte auf einer Führerausweiskarte zu integrieren. Dies würde die Bürokratie aus Sicht der FDP deutlich verringern und so den Schweizer Anbietern in diesem umkämpften Markt Vorteile verschaffen.

Loi sur les formations de la santé : Après le Conseil des Etats, le National a soutenu la nouvelle loi visant à garantir la qualité des soins et à protéger les patients de pratiques douteuses par 181 voix contre 5 et 3 abstentions. Ont notamment fait débat la listes des professions de santé concernées, notamment les homéopathes (accepté par 134 voix contre 52 et 3 abstentions) et le cycle Master pour les soins infirmiers IPA (rejeté par 118 contre 73 et 1 abstention). A une très courte majorité, le Conseil national a adopté une base légale à un nouveau programme visant à lutter contre la pénurie de personnel qualifié basé sur l'inter-professionnalité (96 contre 93), mais a refusé son crédit de 8 millions de francs (94 pour, 95 contre et 1 abstention) ; ce point sera discuté aux Etats et la courte majorité à la Chambre basse pourrait potentiellement changer lors de la résolution des divergences. Le début de l'élimination des divergences va commencer.

14. Geschäfte des Ständerats

Heiratsstrafe: Die Besteuerung von Ehepaaren spaltet das Parlament. Der Ständerat möchte, dass Ehepaare weiterhin gemeinsam besteuert werden. Er hat mit 25 zu 18 Stimmen eine Motion des Solothurner CVP-Vertreters Pirmin Bischof angenommen, die eine Beseitigung der "Heiratsstrafe" auf dieser Basis fordert. Nun muss noch der Nationalrat darüber entscheiden. Dieser hatte sich allerdings im März mit 92 zu 88 Stimmen bei 6 Enthaltungen für das Gegenteil ausgesprochen: die Individualbesteuerung. Nach seinem Willen sollen Ehepaare künftig getrennt besteuert werden. Es zeichnet sich also ein Patt zwi-

schen den Räten ab. Finanzminister Ueli Maurer stellte fest, man werde einen Kompromiss finden müssen.

Banken: Der Ständerat will die Regeln für Grossbanken nicht weiter verschärfen. Er hat Vorstösse aus dem Nationalrat mit 28 zu 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Die Mehrheit befand, die Motionen der SP und der SVP hätten sich erübrigt. Der Nationalrat wollte - im Sinne eines Trennbankensystems - den Vermögensverwaltungs- und Geschäftsbanken den Eigenhandel verbieten. Zudem forderte er, dass die ungewichtete Eigenkapitalquote erhöht wird. Aus Sicht des Ständerates genügen die bisher getroffenen Massnahmen gegen das "Too big to fail"-Problem. Die Eigenkapitalquote sei erst vor kurzem erhöht worden, argumentierten die Gegner. Und ein gewisser Eigenhandel sei zur Absicherung der Geschäfte unabdingbar.

Steuern: Der Ständerat hat Steuerinformationsabkommen mit den mittelamerikanischen Kleinstaaten Belize und Grenada durchgewunken. Auch die neuen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Liechtenstein und Oman hiess er ohne Diskussion gut. Schliesslich verabschiedete er Änderungen an den bestehenden DBA mit Norwegen und Albanien. Dabei geht es um die Anpassung der Doppelbesteuerungsabkommen an die neuesten OECD-Standards. Das neue Abkommen mit Liechtenstein regelt unter anderem die Besteuerung von AHV-Leistungen für in der Schweiz wohnhafte Liechtensteiner Rentnerinnen und Rentner.

Loi sur les jeux d'argent: Le Conseil des Etats a adopté le projet de mise en œuvre du nouvel art. 106 Const., adopté le 11 mars 2012. Ce projet reprend les réglementations éprouvées de la législation actuelle (statut quo) et présente dans le même temps un caractère innovant. Il permet par exemple aux maisons de jeu de proposer des jeux d'argent sur internet et propose d'autoriser les petits tournois de poker sous certaines conditions. Des mesures pour améliorer les conditions cadres sont également prévues, notamment pour les petits casinos de montagne. Au vote sur l'ensemble, le projet a été adopté à l'unanimité moins 1 abstention. Il part maintenant au Conseil national.

Arbeitszeitgesetz im öffentlichen Verkehr: Das Arbeitszeitgesetz für Angestellte im öffentlichen Verkehr (AZG) wird grossmehrheitlich gemäss dem Vorschlag des Bundesrates modernisiert. Hauptfokus der Revision ist die zusätzliche Flexibilisierung der Arbeitszeiten (Pausen- und Ruhetagsregelungen und mehr mögliche Nachtarbeitseinsätze). Wie der Nationalrat lehnt es aber auch der Ständerat ab, die Regeln auf Drittfirmen auszudehnen. Die übrigen Änderungen des AZG waren unbestritten. Auch wenn die Vorlage in beiden Räten einstimmig in der Schlussabstimmung als Kompromiss angenommen wurde, ist es aus Sicht der FDP weiterhin falsch, dass es zwei unterschiedliche Arbeitsgesetzgebungen gibt. Die Korrektur dieses Missstandes wurde also nicht erreicht.

Message sur l'armée 2016: L'armée devrait pouvoir se fournir de nouveaux mortiers. Le Conseil des Etats a accepté mercredi par 29 voix contre 10 cet achat, principal poste du programme d'armement devisé en tout à 1,341 milliard. Le National doit encore se prononcer.

Le montant de la liste annuelle des acquisitions militaires est très proche des 1,316 milliard de francs acceptés l'an dernier par les Chambres dans le cadre de deux programmes successifs. Le poste principal est consacré à l'acquisition de 32 mortiers, 12 camions protégés et 36 conteneurs pour 404 millions. Il s'agit de combler une lacune depuis la mise hors service en 2009 des chars lance-mines 12 com 64/91. Le message sur l'armée portait aussi sur les moyens dévolus à la défense, ce qui a permis au Conseil des Etats d'évoquer une nouvelle fois la revendication du Parlement de voir le budget militaire afficher 5 milliards par an.

Suisse-UE: Le CE a adopté par 27 contre 13 une motion de la Chambre du peuple demandant que la Suisse retire une fois pour toute sa demande d'adhésion à l'Union européenne qui date de 1992. Le texte de Lukas Reimann (UDC/SG) a été transmis au Conseil fédéral. Comme au National, la majorité a souhaité liquider une fois pour toute la problématique.

Überregulierung im Gesundheitswesen: Ein weiteres Gesundheitsdossier von Bundesrat Alain Berset liegt auf der Intensivstation. Von neuen nationalen Qualitätsmassnahmen in der Medizin will der Ständerat nichts wissen. Er ist nicht auf eine entsprechende Vorlage eingetreten. Die kleine Kammer sprach sich am Donnerstag mit 27 zu 16 Stimmen gegen Änderungen im Krankenversicherungsgesetz (KVG) aus, welche die Qualität und Wirtschaftlichkeit stärken sollen. Entscheidet der Nationalrat gleich, ist das Projekt gescheitert. Der Bundesrat schlägt vor, die nationalen Qualitätsprogramme auszubauen. Diese sollen Spitäler oder Ärzte dabei unterstützen, ihre Behandlungsprozesse zu verbessern, damit Fehler vermieden werden können. Das sei unnötig, befand eine Mehrheit im Ständerat. Der Bund habe bereits genügend Instrumente zur Qualitätssicherung, diese solle er endlich umsetzen, anstatt über eine Gesetzesrevision eine versteckte Steuererhöhung vollziehen zu wollen.

Agriculture : Le CE a tacitement adopté une motion du National qui veut réduire les charges administratives dans l'agriculture à tous les échelons fédéraux. Les prescriptions et autres réglementations pour les paysans ont encore augmenté à tous les niveaux de l'Etat suite à l'introduction de la Politique agricole 2014-2017. Le ministre de l'économie Johann Schneider-Ammann a rappelé qu'un premier train de mesures est entré en vigueur en janvier. Les efforts doivent être poursuivis.

NLFA: Le CE a pris acte du rapport parlementaire sur les Nouvelles transversales alpines (NLFA). Selon ce document, le nouveau tunnel du Gothard pourra être exploité comme prévu dès le 11 décembre. La délégation parlementaire continuera de suivre la suite des travaux, notamment au tunnel du Ceneri qui doit compléter dès 2020 le Gothard. Le National doit encore se prononcer.

Einbürgerung: Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation sollen sich leichter einbürgern lassen können. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat Gesetzes- und Verfassungsänderungen zugestimmt. Das letzte Wort wird das Stimmvolk haben. Im Ständerat plädierten die Gegner dafür, die Kompetenz bei den Kantonen zu belassen. Die Befürworter argumentierten, 26 unterschiedliche Regelungen seien nicht sinnvoll. Ein Automatismus ist nicht vorgesehen: Auch Personen der dritten Ausländergeneration sollen das Schweizer Bürgerrecht nur auf Antrag erhalten und die Integrationskriterien erfüllen müssen. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Die Räte sind sich noch nicht einig bei der exakten Definition der "dritten Generation". Der Ständerat möchte den Kreis jener, die dazu zählen, stärker eingrenzen als der Nationalrat.

Dschihadisten: Der Ständerat will keine neue Regelung zur Ausbürgerung von Dschihad-Reisenden. Er hat eine parlamentarische Initiative von SVP-Nationalrat Toni Brunner (SG) mit 27 zu 12 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. Aus Sicht des Ständerats ist eine neue Regelung nicht nötig, weil eine Ausbürgerung bereits heute möglich ist, wenn ein Doppelbürger den Interessen des Landes schadet. Derzeit laufe ein entsprechendes Verfahren gegen einen Dschihad-Reisenden, stellte Kommissionssprecher Andrea Caroni (FDP/AR) fest. In der neuen Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz gebe es ausserdem einen ganzen Katalog von Ausbürgerungsgründen. Die Kommission lehne Ausbürgerungen zwar nicht ab, stelle sich aber gegen einen Automatismus. Brunner forderte, dass Doppelbürgern, die in der Schweiz oder im Ausland extremistische Gewalttaten verüben oder an Kampfhandlungen teilnehmen, das Bürgerrecht zwingend aberkannt wird.

Via sicura: Den Vorschlägen des Parlaments zur Via sicura-Gesetzgebung wurde 2012 breit zugestimmt. Nun hat sich der Ständerat dazu entschlossen, die damals beschlossenen drakonischen Strafen gegen Raser nochmals zu überprüfen. Mit der Annahme des Postulates soll die Wirksamkeit des Massnahmenpakets Via sicura insgesamt kontrolliert werden. Die FDP hat diesem Postulat ebenfalls zugestimmt, aber gleichzeitig die Motion für eine direkte Lockerung der Gesetzgebung abgelehnt. Es braucht zuerst eine Evaluation der Massnahmen seit der Einführung von Via sicura, bevor das Gesetz schon wieder angepasst wird.

Kostentransparenz bei der SRG: Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der Motion von Christian Wasserfallen (FDP/BE) für mehr Kostentransparenz bei der SRG zugestimmt. Ganz im

Interesse der FDP wird die SRG dazu verpflichtet, die Kosten ihrer Sendungen, Sparten und Sender auszuweisen. Obwohl die SRG bereits freiwillig damit begonnen hat, ihre Kostenrechnung offen zu legen, wurde die Motion dem Bundesrat überwiesen. Als Konsequenz soll eine Berichterstattungspflicht auch bei der Neuerteilung der SRG-Konzession gelten.

15. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Jauslin). Stand Integrationsvereinbarungen für Zugewanderte aus Drittstaaten

Text

Die Kantone haben gestützt auf Art. 54 Abs. 1 Ausländergesetz (AuG) die Möglichkeit, die Erteilung einer Aufenthalts- oder Kurzaufenthaltsbewilligung von Angehörigen aus Drittstaaten mit der Bedingung zu verbinden, dass ein Sprach- oder Integrationskurs besucht wird. Diese Verpflichtung kann in einer Integrationsvereinbarung festgehalten werden. Dies, um Ziele und Fortschritte bei der Integration zu planen und festzuhalten.

Der Bundesrat wird in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Kantone wandten 2014 und 2015 Integrationsvereinbarungen an? Wie oft wurden diese eingesetzt (effektiv und Quote)?
2. Wurden Integrationsvereinbarungen auch bei Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen eingegangen? Falls ja, wie oft (effektiv und Quote)?
3. Wie oft wurden Integrationsvereinbarungen beim Familiennachzug eingegangen (effektiv und Quote)?
4. Wie wird die Einhaltung der Vereinbarung in den Kantonen überprüft?
5. In wie vielen Fällen hat die Nichteinhaltung der Integrationsvereinbarung ausländerrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen (effektiv und Quote)?
6. Kommt für den Bundesrat allenfalls eine Aufhebung der „kann“-Formulierung in Art. 54 Abs. 1 AuG hin zu einer generellen Anwendung infrage?

Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Jauslin). Wo bleibt der Bericht zum Status vorläufig Aufgenommener?

Text

Bereits mehrfach war die Überarbeitung des Status der vorläufigen Aufnahme ein Thema im Parlament. Die SPK-N reichte 2014 ein Postulat ein (14.3008), welches den Bundesrat beauftragt zu prüfen, wie der Status der vorläufigen Aufnahme im Asyl- und im Ausländergesetz verbessert oder allenfalls neu geregelt werden kann. Den Bericht dazu versprach das EJPD für 2015, doch auf deren Publikation warten Parlament und Öffentlichkeit noch immer.

Der Bundesrat wird daher um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wann wird der Bericht zum Postulat 14.3008 erwartet?
2. Welche Erkenntnisse wurden aus der Fachtagung vom 8. April 2016 zum Thema vorläufige Aufnahme gezogen?
3. Wie viele ehemals vorläufig Aufgenommene haben seit dem Jahr 2010 die Schweiz effektiv wieder verlassen müssen?
4. Wie steht der Bundesrat zur Idee, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) in einem jährlichen Bericht darlegen muss, warum die vorläufig Aufgenommenen noch nicht ausgewiesen werden konnten?

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Bigler). Mit Regulierungsbremse Anstieg der Regulierungskosten eindämmen

Text

Es sind die notwendigen Erlasse auszuarbeiten, damit Gesetzesänderungen, neue Gesetze und neue Regulierungen allgemein, welche entweder zu höheren Regulierungskosten für mehr als 10'000 Unternehmen führen oder deren Regulierungskosten über einer noch zu definierenden Kostenschwelle liegen, in den GesamtAbstimmungen beider Räte einem qualifizierten Mehr (z.B.: Mehrheit der Mitglieder beider Räte; analog zur Ausgabenbremse) zu unterstellen sind.

Begründung

In seinem Bericht zu den Regulierungskosten vom Dezember 2013 berechnete der Bundesrat die Regulierungskosten in zwölf gemessenen Bereichen auf Bundesebene auf zehn Milliarden Franken. Eine Studie der Universität St. Gallen schätzte die Regulierungskosten bereits im 2010 auf etwa 50 Milliarden Franken. Man kann heute im Jahr 2016 davon ausgehen, dass sie rund zehn Prozent des BIP ausmachen.

Unnötige Regulierungskosten bremsen die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, was sich negativ auf Innovation und Arbeitsplätze auswirkt.

Eine Regulierungsbremse - analog der Schuldenbremse - erlaubt, das Wachstum künftiger Regulierungen und damit auch der unnötigen Regulierungskosten einzudämmen.

Dafür wird ein Automatismus vorgeschlagen: Wenn die Auswirkungen einer Vorlage mehr als 10'000 Unternehmen betreffen, muss die Vorlage dem absoluten Mehr in der Schlussabstimmung im Parlament unterstellt werden. Die Zahl der 10'000 Unternehmen kommt vom etablierten "KMU-Test" so wie er bei der Regulierungsfolgekosten-Abschätzung des Seco vorgesehen ist.

Ebenfalls sind jene Vorlagen dem absoluten Mehr zu unterstellen, deren Regulierungsfolgekosten über einer noch zu bestimmenden Kostenschwelle liegen. Diese Kostenschwelle soll vom Bundesrat vorgeschlagen werden. Sie kann sowohl eine absolute Zahl in Schweizer Franken als auch eine Relationszahl sein. Wichtig ist jedoch, dass die Regulierungskostenschwelle, wenn sie einmal definiert ist, stabil bleibt.

Mit dieser Regulierungsbremse wird dem Parlament ein Instrument gegeben, den Anstieg der Regulierungskosten einzudämmen. Sie baut dabei auf die Erfahrungen mit dem bewährten Instrument der Schuldenbremse auf.

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Vitali). Teuerung nur ausgleichen... wenn es eine Teuerung gibt...

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die nötigen gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, damit ein allgemeiner Systemwechsel beim Umgang mit Teuerungsannahmen in mehrjährigen Finanzbeschlüssen vollzogen wird:

Grundsätzlich sollen Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen im Umfang der geplanten Teuerung gesperrt bleiben. Sobald sich die zugrundeliegende Teuerungsannahme verwirklicht, ist der Bundesrat befugt, die Sperre ganz oder teilweise aufzuheben. Der Bundesrat beschliesst über die Aufhebung jährlich und berichtet der Bundesversammlung darüber in der Botschaft zum Voranschlag.

Diese generelle Anpassung des Prozesses ist angesichts der künftig schwierigen Bundesfinanzen möglichst rasch umzusetzen.

Begründung

Im heutigen System wird die Teuerung gemäss Teuerungsannahmen berechnet und ausbezahlt, egal ob diese positiv oder negativ ist. Dies führte in den letzten Jahren bei verschiedenen mehrjährigen Finanzbeschlüssen zu hohen und unangemessenen Mehrausgaben. Daher ist ein Systemwechsel dringend nötig.

Die angenommene Teuerung im Zeitraum 2009 - 2015 lag in verschiedenen Bereichen deutlich höher als die effektive Teuerung. Bekanntlich haben wir zurzeit eine Minusteuerung von 0,6%. Gemäss Berechnungen des Bundes wurden zum Beispiel im Bereich Landwirtschaft 820 Mio. Franken und im Bereich BFI 840 Mio. Franken zu viel ausbezahlt.

Aufgrund dieser Tatsache drängt sich ein Systemwechsel in allen Bereichen auf: Internationale Zusammenarbeit, Agrarpolitik, Armee, BFI, Verpflichtungskredit für den regionalen Personenverkehr, Kultur oder Standortförderung.

16. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 17 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Sommersession 2016 abgeschlossen.

Parlamentarisch unter Dach und Fach kamen folgende Vorlagen:

- › mit 139 zu 55 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und 29 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Ständerat) das Unternehmenssteuerreformgesetz III, das international nicht mehr akzeptierte Steuerprivilegien für ausländische Unternehmen durch andere Vergünstigungen ersetzt;
- › mit 128 zu 62 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 40 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien;
- › mit 125 zu 68 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 32 zu 5 Stimmen bei 7 Enthaltungen Änderungen des Adoptionsrechts, die Homosexuellen ermöglichen, Kinder ihrer Partner zu adoptieren, und das Mindestalter für die Adoption senken;
- › mit 127 zu 69 Stimmen und 42 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU, mit welcher der automatische Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Schweiz und der EU ermöglicht wird;
- › mit 147 zu 48 Stimmen und 43 zu 1 Stimmen Änderungen des Strafregistergesetzes, mit welchen der Zugang zum Strafregister neu geregelt wird;
- › mit 191 zu 1 Stimme und 33 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen die Verlängerung des Zulassungsstopps für Ärztinnen und Ärzte im Krankenversicherungsgesetz;
- › mit 130 zu 65 Stimmen bei 1 Enthaltung und 41 zu 3 Stimmen das Innosuisse-Gesetz, mit dem die Kommission für Technologie und Innovation in die öffentlich-Rechtliche Agentur Innosuisse umgewandelt wird;
- › mit 194 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen eine Änderung des Militärstrafprozesses, die Opfern und Angehörigen ermöglicht, als Privatkläger aufzutreten;
- › mit 195 zu 0 Stimmen und 40 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen Änderungen des Landesversorgungsgesetzes, die den Behörden ermöglichen sollen, bei Mangellagen rascher einzugreifen;
- › mit 196 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen Änderungen des Arbeitszeitgesetzes, mit welchen die Pausen- und Ruhetagsregelungen für Angestellte im öffentlichen Verkehr flexibilisiert werden;
- › eine Reihe von Abkommen zum Informationsaustausch in Steuersachen:
- › mit 129 zu 62 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 42 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Abkommen zwischen der Schweiz und Belize über den Informationsaustausch in Steuersachen;

- › mit 129 zu 60 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 42 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Abkommen zwischen der Schweiz und Grenada über den Informationsaustausch in Steuersachen;
- › mit 131 zu 53 Stimmen bei 12 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Oman;
- › mit 157 zu 27 Stimmen bei 11 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Liechtenstein;
- › mit 154 zu 31 Stimmen bei 11 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen das Bundesgesetz über die Durchführung von zwischenstaatlichen Abkommen des Bundes zur Vermeidung der Doppelbesteuerung;
- › mit 139 zu 39 Stimmen bei 18 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Norwegen;
- › mit 129 zu 57 Stimmen bei 10 Enthaltungen und 41 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Albanien.

Sämtliche Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum.